

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

auch diese verkürzte Sitzungswoche war geprägt von Aufregung über die schwarz-gelbe Koalition, die weiterhin handlungsunfähig ist. An allen Ecken und Enden wird Verantwortung und Bewegung, Mut und Entscheidungskraft gebraucht. Davon ist nichts zu sehen und zu spüren.

Wie auch zu der Zeit der Großen Koalition sind es die Sozialdemokraten, die Konzepte vorlegen und Tatkraft zeigen. In der letzten Sitzungswoche haben wir konkrete Vorschläge für eine Wirtschaftspolitik vorgelegt, die für nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung sorgt. Wir haben außerdem Maßnahmen vorgeschlagen, die zu einer gerechten Verteilung der Lasten der Finanzkrise sorgen. Die jetzt vom Kabinett verabschiedeten Regelungen zu den Banker-Boni bringen keine wesentlichen Neuerungen gegenüber den bereits im vergangenen Jahr von der Großen Koalition beschlossenen Maßnahmen. Hier klafft wieder mal eine riesige Lücke zwischen den Worten und den Taten der Kanzlerin. In dieser Woche haben wir den Vorschlag für einen Rettungsschirm für Kommunen vorgelegt. Wir wollen verhindern, dass die Bürger vor Ort höhere Gebühren zahlen müssen und wichtige Leistungen bei Bildung, Integration, Verkehr und Kultur gestrichen werden. Die unverantwortliche Politik der Bundesregierung wird ansonsten dafür sorgen, dass die Pfeiler des Zusammenlebens in Deutschland einstürzen.

Etwas über einhundert Tage ist die schwarz-gelbe Koalition alt. Die Bilanz fällt verheerend aus. Noch nie ist eine Bundesregierung so schlecht gestartet wie diese. Die Bürgerinnen und Bürger im Land spüren das. Die Zustimmung, insbesondere für die FDP, schwindet rasant. Statt sich zusammenzurufen und sich den Problemen des Landes zu widmen, reagieren CDU, CSU und FDP panisch. Es vergeht kein Tag ohne Streit, keine Woche ohne Krisengipfel. Wir Sozialdemokraten hingegen stellen uns besonnen und konsequent neu auf. Wir treiben diese Regierung vor uns her.

In dieser Woche hat uns auch das Urteil des Bundesverfassungsgericht zu den Regelsätzen in der Grundsicherung beschäftigt. Es ist gut, dass das Bundesverfassungsgericht jetzt Klarheit bei der Bemessung der Regelsätze für die Grundsicherung und die Sozialhilfe geschaffen hat. Die SPD wird dafür streiten, dass alle Kinder in diesem Land gleiche Chancen bekommen. Deshalb haben wir bereits vor der Bundestagswahl eigenständige Regelsätze für Kinder gefordert. Aber das reicht nicht aus, wir brauchen gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Master, und mehr Ganztagschulen. Das beste Mittel gegen Kinderarmut ist und bleibt, dass die Eltern mit ihrer Arbeit ihre Existenz und die ihrer Kinder sichern können. Darum braucht Deutschland endlich einen gesetzlichen Mindestlohn. Es kann nicht sein, dass die Steuerzahler die Dumpinglöhne der Arbeitgeber aufstocken. Schwarz-Gelb ist auf diesem Ohr taub. Das zeigt, dass es auf uns Sozialdemokraten ankommt. Hier werden wir Seite an Seite mit den Gewerkschaften weiter Druck machen.

Eure Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE VERA NICOLAY, NICOLA HELLER,
TELEFON (030) 227-510 99 **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUS: 10.02.2010, 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

- | | | | |
|----|--|----|--|
| 02 | Aktuelle Stunde zum Rettungsschirm für Kommunen | 06 | Das neue Afghanistan-Mandat: Wende zur Abzugsperspektive |
| 03 | Gesetzentwurf zum Schutz vor Bagatellkündigungen | | |

TOPTHEMA

Rettungsschirm für Kommunen

SPD legt Antikrisenpaket vor

Deutschland ist nicht aus der Wirtschaftskrise heraus. Nach dem historischen Einbruch von minus 5 Prozent im Jahr 2009 wächst das Risiko ansteigender Arbeitslosigkeit. Bund und Länder, Städte und Gemeinden müssen massiv wegbrechende Steuereinnahmen verkraften. Unser Land droht Schaden zu nehmen. Doch die schwarz-gelbe Chaos-Koalition ist handlungsunfähig. Und sie weckt Zweifel daran, ob sie überhaupt vier Jahre gemeinsam durchhalten kann. Was wir jetzt endlich wieder brauchen, das sind Verantwortung und Bewegung, Mut und Entscheidungskraft in der Politik.

In einer gemeinsamen Aktuellen Stunde mit den Grünen zum Thema „Rettungsschirm für die Kommunen vor dem Hintergrund von Haushaltsslage und schwarzgelben Steuersenkungsplänen“ konnten die Redner der SPD-Bundestagsfraktion deutlich machen, dass die SPD den Kommunen zur Seite steht. Frank-Walter Steinmeier spitzte die Situation mit folgenden Worten zu: die Mövenpick-Hotels werden durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz neue Schwimmbäder bauen können und auf der anderen Seite müssen Städte städtische Schwimmbäder schließen. Das kann doch keine sinnvolle Politik sein. Wer eine bürgerliche Politik der Mitte machen will, der muss auch die Verantwortung für die 82 Millionen Menschen in den Städten und Gemeinden tragen und nicht nur für ihre eigene Klientel.

Rettungsschirm für Kommunen – 4 Milliarden Euro gegen die Notlage

Wir brauchen Bewegung für die Kommunen. Viele Städte und Gemeinden sind in einer akuten Notlage. Wir sehen es seit Monaten. Nach 4,5 Milliarden Euro in 2009 erwarten die Kommunalen Spitzenverbände für das Jahr 2010 ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro.

Wichtige Leistungen der Kommunen bei Bildung, Integration, Verkehr, Kultur stehen auf dem Spiel: Investitionen in Schulen oder Verkehrswege, die gestrichen werden. Der Ausbau der Betreuungsplätze, der gefährdet ist. Kindergärten, die Gebühren erhöhen. Müll- oder Abwasserentsorgung, die teurer werden. Schwimmbäder, die im nächsten Sommer geschlossen bleiben. Kultureinrichtungen und Theater, in denen der letzte Vorhang fällt. Die Gefahr eines Kollapses der Kommunen ist sehr konkret. Die Bundesregierung hat all das mit verantwortungslosen Steuerprivilegien für Klientelgruppen noch schlimmer gemacht. Jetzt darf keine Zeit mehr mit taktischen Spielchen verschwendet werden. Wir müssen helfen und handeln.

Bund und Länder müssen ein kommunales Antikrisenpaket von insgesamt 4 Mrd. Euro für die nächsten zwei Jahre auflegen.

- Die Bundesregierung muss das Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers rückgängig machen und dafür sorgen, dass die Kommunen eine volle Kompensation für ihre durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr erhalten.
- Zur kurzfristigen Stabilisierung der Finanzlage der Kommunen muss der Bund zusätzlich und befristet auf zwei Jahre seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft um 3 Prozentpunkte anheben. Dies ergäbe rund 400 Millionen Euro pro Jahr für die Kommunen.
- Wir fordern den Stopp aller von der schwarz-gelben Koalition beabsichtigten weiteren Vorhaben für Steuersenkungen. Allein die vollzogenen und angekündigten Veränderungen bei der Einkommensbesteuerung summieren sich auf Einnahmeausfälle für die Kommunen in Höhe von rund 4 Milliarden Euro jährlich.

Darüber hinaus muss klar sein: Die Länder müssen ihre Verpflichtung zu einer auskömmlichen Finanzierung der Kommunen erfüllen. Während einige Länder gezielte Hilfen für Kommunen in extremer Haushaltsnotlage gewähren und die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs verstetigen, verweigern insbesondere schwarz-gelb regierte Länder den Kommunen die dringend erforderliche Hilfe. Dies gilt ganz besonders für Nordrhein-Westfalen.

Pfeiler des Zusammenlebens drohen einzustürzen

Der Deutsche Städtetag veröffentlichte am 2. Februar 2010 Beispiele für Konsolidierungsmaßnahmen in ausgewählten Städten. Demnach sollen beispielsweise in Duisburg die Hundesteuer erhöht werden, ebenso die Eintrittspreise für Schwimmbäder, Konzerte und Theater. Weiterhin sollen die Elternbeiträge für Kita- und Hortbetreuung erhöht werden. In Wuppertal sollen die Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich um 1,1 Millionen Euro gekürzt werden, um 2 Millionen Euro der Betriebskostenzuschuss an die Wuppertaler Bühnen. Das Schauspielhaus soll als Spielstätte aufgegeben werden. Insgesamt fünf Schwimmbäder sollen geschlossen werden. Auch hier werden höhere Elternbeiträge für Kitas und Ganztagschulen vorgesehen.

So und ähnlich sieht es in vielen Städten und Gemeinden aus. Die Bundesregierung lässt die Kommunen im Stich, um sinnlose Steuergeschenke verteilen zu können. Außerdem schwebt über den Kommunen noch das Damoklesschwert einer Abschaffung der Gewerbesteuer. Schwarz-Gelb treibt die Kommunen in den Ruin – und davor warnen sozialdemokratische ebenso wie christdemokratische Oberbürgermeister, denn der drohende Bankrott der Kommunen trifft alle. Wenn die Kommunen ihrer Sorge für das wirtschaftliche Wohl der Einwohner (also Märkte und Messen, Gewerbeansiedlung, Verkehrswege, ÖPNV, Energie- und Wasserversorgung usw.), das kulturelle (Kindergärten und Horte, Schulträgerschaft, Musik- und Volkshochschulen, Bibliotheken, Museen, Theater, Sportstätten) und das soziale (Armenfürsorge, Altenpflege, Krankenhäuser, Suchtberatung) Wohl nicht mehr nachkommen können, werden die Pfeiler des Zusammenlebens hier in Deutschland einstürzen.

Weitere Informationen zum Rettungsschirm für Kommunen unter www.spdfraktion.de

ARBEIT

Kündigungsschutz bei Bagatelldelikten verbessern

Der Schutz von langjährigen und verdienten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Bagatellkündigungen ist auch eine Frage der Würde. Wir haben deshalb einen Gesetzentwurf zur Erweiterung des Kündigungsschutzes (Drs. 17/648) vorgelegt. Wir haben die Beispiele alle noch vor Augen: Mitarbeitern wird wegen Entwendung eines belegten Brötchens, eines Pfandbons in Höhe von 1,30 Euro oder von ein paar Maultaschen, die im Müll gelandet wären,

gekündigt. Ohne Rücksicht auf lange Jahre im Betrieb, in denen es keine Beschwerden gab und offenbar ein Vertrauensverhältnis gewachsen war. Und in der Arbeitslosigkeit wird wegen eigenen Verschuldens vorübergehend auch noch das Arbeitslosengeld verweigert. Im vergangenen Bundestagswahlkampf haben viele Politiker über diese Unverhältnismäßigkeit geklagt. Empörung zu Wahlkampfpurposes aber reicht nicht. Wir müssen auch etwas ändern.

Wir wollen mit der von uns angestrebten gesetzlichen Klarstellung Beschäftigte vor Kündigungen wegen sogenannter Bagatelldelikte besser schützen. Eine Kündigung ist immer ultima ratio. Das Kündigungsrecht kennt normalerweise bei Fehlverhalten das Prinzip der zweiten Chance. Deswegen treten wir dafür ein, dass bei Fällen mit nur geringem wirtschaftlichem Schaden zunächst nur eine Abmahnung ausgesprochen werden darf.

Es kann nicht sein, dass Steuerhinterziehungen mit einem Schaden von hunderten Millionen Euro noch immer als Kavaliersdelikte angesehen werden, während gleichzeitig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeit verlieren, wenn sie während der Arbeit auf Kosten des Arbeitgebers ein Brötchen oder ein Stück Kuchen essen. Unsere Gesellschaft muss Maß und Mitte wiedergewinnen. Wir müssen das Bewusstsein für unerträgliche Ungerechtigkeit schärfen.

AUSSEN

Das neue Afghanistan-Mandat: Wende zur Abzugsperspektive

In dieser Woche hat Außenminister Westerwelle eine Regierungserklärung zu den Ergebnissen der Londoner Afghanistan-Konferenz abgegeben. Zugleich haben wir in erster Lesung über ein verändertes Mandat zur weiteren Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Schutztruppe ISAF beraten.

Wir haben als Sozialdemokraten unsere Vorschläge zum weiteren Vorgehen in Afghanistan in einem Positionspapier dargelegt. Die Bundesregierung hat etwas länger gebraucht, um ihre eigenen Vorstellungen zu entwickeln. Sie hat dabei ganz offensichtlich von unseren Vorarbeiten profitiert. Zentrale Forderungen der SPD wurden übernommen. Das betrifft zum Beispiel die Verdopplung der Mittel für den zivilen Wiederaufbau und die Erhöhung der Zahl der Ausbilder für die afghanischen Sicherheitskräfte. Die Bundesregierung hat sich auch unsere Forderung zu Eigen gemacht, in sicheren Distrikten so schnell wie möglich mit der Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände zu beginnen. Und auch in Bezug auf die von uns geforderte Abzugsperspektive hat die Regierung eingelenkt und angekündigt, der Abzug solle 2011 beginnen. Auf einen Zeitkorridor für die Beendigung des Einsatzes will die Regierung sich nicht festlegen. Aber Kanzlerin und Außenminister haben inzwischen einhellig erklärt, dass sie die afghanische Regierung darin unterstützen, bis 2014 die volle Sicherheitsverantwortung ohne ausländische Streitkräfte zu übernehmen. Angesichts der reflexhaften Empörung, die unser Vorschlag eines Korridors für den Abzug der Bundeswehr zwischen 2013 und 2015 am Anfang ausgelöst hat, ist das eine bemerkenswerte Entwicklung.

Wir werden bis zur abschließenden Beratung am 26. Februar den Antrag für das neue ISAF-Mandat in Ruhe kritisch anschauen und dann verantwortungsvoll entscheiden. Bis zur endgültigen Abstimmung muss die Bundesregierung auch noch erklären, wofür die vorgesehene Reserve von 350 Soldaten vorgesehen ist.

Ausführliche Informationen zu unseren Positionen unter www.spdfraktion.de/afghanistan

